

II-1722 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 30.037/13-8/1991

1010 Wien, den 6. April 1991

Stubenring 1

Telefon (0222) 75 00

Telex 111145 oder 111780

DVR: 0017001

P.S.K.Kto.Nr. 5070.004

Auskunft

Klappe

Durchwahl

620 IAB

1991 -04- 25

zu 604 J

B E A N T W O R T U N G

der Parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten
Dr. Partik-Pablé und Dolinschek an den Bundesminister für
Arbeit und Soziales betreffend den Förderungsbericht
(Nr. 604/J).

Zu den Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Frage 1:

Werden Sie - wie zugesagt - vollständige Informationen
darüber zur Verfügung stellen, welche Betriebe mit wel-
chen Mitteln gemäß § 39 a AMFG im Jahr 1990 gefördert
wurden und welche konkreten Erfolge in jedem Einzelfall
damit erzielt werden konnten?

Antwort:

Ich bin selbstverständlich bereit, Informationen über
Förderungen gemäß § 39 a Arbeitsmarktförderungsgesetz zur
Verfügung zu stellen. Die gewünschte Zusammenstellung der
Förderungsempfänger des Jahres 1990 wurde bereits vor
einiger Zeit den Parlamentsklubs aller Fraktionen zur
Verfügung gestellt.

- 2 -

Die mit derartigen Förderungen primär verbundene arbeitsmarktpolitische Zielsetzung ist die Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen in Unternehmen mit volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Anzahl der geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen ist ebenfalls dieser Liste zu entnehmen.

Frage 2:

Werden Sie dem Bundesminister für Finanzen in Hinkunft ebenso umfassende Informationen für die Erstellung des jährlichen Förderungsberichtes zur Verfügung stellen?

Antwort:

Bei Entscheidungen über Förderungen gemäß § 39 a Arbeitsmarktförderungsgesetz ist der Bundesminister für Finanzen stets über das in Rede stehende Projekt informiert. Dies ergibt sich schon allein daraus, daß Förderungszusagen von mir nur im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und darüber hinaus mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten erfolgen können.

Das Bundesministerium für Finanzen verfügt daher bereits zum jetzigen Zeitpunkt über umfassende Informationen.

Darüber hinaus bin ich selbstverständlich bereit, alle für das Parlament relevanten Daten zur Verfügung zu stellen.

Der Bundesminister:

